



Tagesbericht

9. Dezember 1953

Informationsdienst Nr. 2042 zur Beurteilung der Situation

Quelle

BStU, MfS, AS 39/58, Bd. 1, Bl. 137–143 (2. Expl.).

Serie

Informationsdienst.

Verteiler

Kein Nachweis einer externen oder internen Verteilung.

Vermerke

Zahlreiche vertikale Randmarkierungen (hier nicht im Einzelnen dokumentiert).

Bemerkungen

Gedrucktes standardisiertes Deckblatt mit Inhaltsverzeichnis (nur 1. Gliederungsebene mit 6 Punkten).

Die Lage in Industrie, Verkehr, Handel und Landwirtschaft

Industrie und Verkehr

*Über die Note der Sowjetregierung*¹ zur Einberufung einer Viermächtekonferenz wird weiterhin diskutiert. Das Stimmenverhältnis hat sich nicht geändert. Auch neue Argumente sind nicht aufgetreten. Arbeiter aus dem VEB Horch Zwickau haben Briefe an Kollegen der Henschel-Auto-Werke in Kassel geschrieben, um einen Erfahrungsaustausch anzustreben.

Produktionsverpflichtungen werden wieder aus mehreren Betrieben gemeldet. Die Kumpel des Braunkohlenwerkes Plessa/Cottbus hatten sich verpflichtet, ihren Plan bis zum 21.12.1953 zu erfüllen. Auf einer öffentlichen Parteiversammlung, an der viele Parteilose teilnahmen, verlegten sie den Termin auf den 13.12.1953 vor.

Arbeitsniederlegungen aus verschiedenen Gründen wurden heute bekannt. In einer privaten Weberei in Sonneberg-Hönbach/Suhl legte die Belegschaft am 4.12.1953 die Arbeit nieder, weil der Besitzer den Verheirateten nur 30,00 DM und den Ledigen nur 20,00 DM, den Meistern aber 50,00 DM Weihnachtsgeld bezahlen wollte. Nach Klärung des Falles wurde die Arbeit nach ca. acht Stunden wieder aufgenommen. In der privaten Tuchfabrik Emil Schöfeld Werdau/Karl-Marx-Stadt streikten 100 Arbeiter drei Tage lang, um ihre Forderung auf Weihnachtsgeld durchzusetzen.²

Im VEB Zuckerfabrik Reinsdorf, [Kreis] Nebra, [Bezirk] Halle, streikte eine Schicht ca. eine Stunde, weil die Betriebsleitung durch eigenes Verschulden die Lohnauszahlung nicht termingerecht vornehmen konnte. Eine Brigade der Reichsbahn-Bau-Union Naumburg legte auf einer Baustelle in Halberstadt am 7.12.1953 die Arbeit nieder. Ein gegebener Grund dazu, fehlerhafte Lohnzahlungen, mangelhafte Arbeitsorganisation und ungenügende Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften durch die Betriebsleitung.

Produktionsschwierigkeiten wird es im 1. Quartal in einigen Dessauer Großbetrieben geben. Der SAG-Betrieb Polysius hat für das I. Quartal so wenige Aufträge erhalten, dass es nur zu knapp 20 % ausgelastet ist. Im VEB ABUS wurde die Planaufgabe für das 1. Quartal um 6 Mio. DM gekürzt.

Die Auszahlung einer Sonderprämie im Kali-Kombinat »Ernst Thälmann« Merkers/Suhl, die der Betrieb für seinen Sieg im Wettbewerb aller Kali-Betriebe von der Regierung erhalten hat, gibt Anlass zu Unstimmigkeiten unter den Arbeitern. Denn die Parteileitung und die BGL beschlossen, an Arbeiter, die nicht Mitglied des FDGB sind oder ihre Beiträge nicht bezahlen, keine Prämien auszuzahlen. Die meisten Kumpel sind damit nicht einverstanden, sie meinen: »Das sind Gelder von der Regierung und die stehen jedem zu, der in der Produktion beteiligt ist. Wir lassen mit uns nicht so verfahren.«

Materialmangel meldet der VEB Phänomen-Werk Kamenz/Dresden.³ Es fehlen Kugellager (Marke Nr. 50) vom Lieferbetrieb Welzlager Fraureuth. Dadurch muss die Produktion von Dieselmotoren stillgelegt werden.

In Eisenbahnbetrieben des Reichsbahnbezirkes Gera herrscht eine verbreitete negative Stimmung, so wird uns von dort berichtet. Es wird vor allem auf die Regierung und auf die Kartoffelversorgung geschimpft. Viele wollen nach Westberlin fahren, um dort einzukaufen. Ein Geräteverwalter vom Bahnhof Weißenfels sagte: »Die jetzt da oben sitzen, haben ja keine Ahnung, sie haben vergessen wo sie herkommen, die wissen ja gar nicht was unten los ist.« Ein Zugmelder vom gleichen Bahnhof: »Ich fahre nach Berlin und kaufe ein, kann kommen was will.« (Gemeint ist Westberlin.)

Handel und Versorgung

Mangelhaftes Warenangebot, besonders auf dem Land, wurde aus den Bezirken Potsdam, Cottbus und Schwerin gemeldet. Ursachen sind zum Teil Transportschwierigkeiten (Schwerin) und Fehlen von geeigneten Lagerräumen (Kreis Kyritz/Potsdam). *Mangel an Lebensmitteln* (Margarine Sorte I und II, Weihnachtzutaten und Südfrüchte) besteht in den Bezirken Gera, Suhl und Halle.

Fleischstau wird aus dem Schlachthof Dresden gemeldet. Es lagern 300 t Fleisch im Schlachthof, die eine Weiterproduktion verhindern. In Dresden sind jedoch zwei Kühllhäuser vorhanden, in welchen noch für 200 t Fleisch angelagert werden könnte. Es besteht jedoch eine Anweisung vom Staatssekretariat für Staatsreserven,⁴ dass bestimmte Räume nur von diesem zur Verfügung gestellt werden können. Diesbezügliche Anfragen in Berlin brachten keine Änderungen. Die Arbeiter bringen dabei zum Ausdruck, dass, wenn sie ein Viertelpfund Fleisch entwenden, sie eingesperrt werden, die »Großen« in Berlin könnten Tausende Zentner von Fleisch »vergammeln« lassen. Weiter bringt man zum Ausdruck, dass man sich fragen müsste, ob in Berlin unfähige Menschen am Werke sind oder ob bewusste Sabotage getrieben wird.

Mangel an Textilien (Winterbekleidung und Arbeitsbekleidung) tritt in den Bezirken Neubrandenburg, Schwerin, Potsdam, Halle und Gera auf. So erhielt z. B. der gesamte Kreis Lobenstein/Gera nur 20 Damenwintermäntel zum Verkauf.

Preiserhöhungen nach der Preissenkung wurden aus dem Bezirk Erfurt gemeldet. So z. B. wurden Herrenskischeuhe von 58,00 DM nach der Preissenkung jetzt wieder auf 132,00 DM erhöht. Diese Maßnahme ruft starke Empörung unter der Bevölkerung hervor. Dabei wird zum Ausdruck gebracht, dass man Preissenkungen von 5 und 20 % groß propagiert, aber solche Preiserhöhungen bis zu 100 % stillschweigend umgehen.

Landwirtschaft

Schwierigkeiten in der Ablieferung und Erfassung treten in den Bezirken Potsdam und Cottbus auf. So beträgt die Kartoffelerfassung im Bezirk Cottbus 94,5 % bei den Kreisen Calau 87,2 % und Luckau 89,2 %. In Calau z. B. haben Teile der Bevölkerung noch keine Kartoffeln erhalten. Dazu äußert der 1. Sekretär der BPO des VEB Energieverteilung Calau: »Ich habe bis zum heutigen Tage noch nicht meine zustehenden Einkellerungskartoffeln erhalten. Ich habe nicht eine Kartoffel im Haus und gehe schon des Öfteren welche borgen. Dies kann ich jetzt aber auch nicht mehr machen, denn wir sind fünf Personen. Meine Frau hat schon öfters sonntags Brötchen geholt, um diese zu Mittag zu essen. Ich als Genosse kann dies ja noch verstehen. Die maßgeblichen Stellen sollten sich endlich einmal ernsthaft über die Kartoffelversorgung der Bevölkerung Gedanken machen.«

Verschiedene Bauern weigern sich, ihr Soll an Kartoffeln abzuliefern, obwohl sie dazu durchaus in der Lage wären. So lieferte das Kirchengut Kieck/Potsdam sein Kartoffelsoll nicht ab. Der Leiter des Gutes begründete dies damit, dass sie nicht dazu in der Lage wären. Es wurde aber festgestellt, dass dieser Leiter Kartoffeln an Landarbeiter abgibt, die selbst Land besitzen.

Feindliche Elemente versuchen Unruhe unter den Bauern zu verbreiten, indem sie »freie Wahlen« fordern. Großbauer aus Audenhain/Leipzig: »Uns Bauern müsste es nach Kriegsende viel besser gehen. Macht mal freie Wahlen und ihr werdet sehen, wo ihr bleibt. Wenn die Bauern am 17.6. gewusst hätten, was los ist, würde es heute anders aussehen.«

Bei den VdGB-(BHG-)Wahlen versuchen reaktionäre Elemente ihren Einfluss zu verstärken. So wurden z. B. in Angern/Magdeburg in den Vorstand der BHG Personen gewählt, die vollständig dem Einfluss reaktionärer LDP-Kreise unterliegen. In Vilmnitz/Rostock waren für den Vorstand der VdGB nur ehemalige NSDAP-Mitglieder vorgeschlagen worden. In Morgenitz/Rostock wurden in den Vorstand der VdGB als Vorsitzender ein Parteiloser und sechs CDU-Mitglieder gewählt.

Stimmung der übrigen Bevölkerung

Über die Note der Sowjetregierung wird weiterhin in gleichem Maße und in der Mehrzahl positiv diskutiert. Die Argumente sind die gleichen wie bisher. Einwohner aus Greifswald/Rostock: »Ich begrüße die Konferenz in Berlin von ganzem Herzen und bin der festen Zuversicht, dass hierdurch nun endlich die Einheit Deutschlands zustande kommt. Die Westmächte sind sich doch nun endlich einig geworden, dass im Januar 1954 die große Konferenz stattfinden soll.« Einwohner aus Brieskow/Frankfurt/Oder: »Hoffentlich kommt es bei dieser Konferenz zu einer Einigung der Großmächte in der Frage der Einheit Deutschlands.«⁵

Freistellung von Wohnungen für Angehörige der Sowjetarmee im Bezirk Gera ruft unter der Bevölkerung starke Unruhe und Unzufriedenheit hervor. So sollen in Jena 200 Wohnungen vom Wohnungsamt freigestellt werden. Das Gleiche erfolgt auch in Gera und Rudolstadt.

BGL-Vorsitzende aus Gera: »Wir brauchen jetzt gar nicht mehr damit zu kommen, um Mitglieder für die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu werben, die Kollegen schmeißen uns ja überall raus und lachen über uns.«

Planungsleiter VEB Ankerwerk Rudolstadt: »Vor einem Jahr um die Weihnachtszeit wurde ich verhaftet, in diesem Jahr werde ich mit meiner Familie aus der Wohnung geschmissen und im nächsten Jahr weiß ich, was ich mache.«

Behinderungen in der Ausgabe der Aufenthaltsgenehmigung treten im Bezirk Erfurt auf. Bis jetzt konnten an ca. 2 000 Personen keine Anträge dafür ausgegeben werden, da nur ein Drittel der angeforderten Menge an Formularen von Berlin eingetroffen ist. Nach Mitteilung der BDVP Erfurt, Abteilung PM, ist man in Berlin nicht in der Lage, genügend Formulare drucken zu lassen. Mit einer größeren Lieferung an den Bezirk Erfurt ist vor dem 10.12.1953 nicht zu rechnen. Die Nichtausgabe dieser Formulare führt zu starken Unstimmigkeiten unter der Bevölkerung. Dabei bringt man zum Ausdruck, dass damit versucht wird, den Interzonenverkehr zu behindern.⁶

Verstärkte Aktivität der Kirche wurde in mehreren Orten des Kreises Quedlinburg/Halle festgestellt. Dies äußert sich im ansteigenden Kirchenbesuch und einer stärkeren Tätigkeit der »Jungen Gemeinde«.

Ereignisse von besonderer Bedeutung

Im Kreis Waren/Neubrandenburg ist Typhus ausgebrochen: bis zum 8.12.1953 62 Erkrankungen, meist Kinder. Ärzte geben ungenügende Sterilisierung der Milch von der dortigen Molkerei als Ursache an.

Organisierte Feindseligkeit

Flugblätter und Postwurfsendungen in geringerer Anzahl in den Bezirken Frankfurt/Oder, Halle, Potsdam, Cottbus, Erfurt, Karl-Marx-Stadt, Neubrandenburg, stärker in Gera. In verstärktem Maße hetzt der Gegner in seinen Flugblättern gegen die Organe der Staatssicherheit.

Überfälle wurden verübt in Bischofswerda/Dresden auf eine Pionierleiterin, in Dessau auf zwei Offiziere der KVP, in Katzhütte/Suhl auf einen MTS-Leiter.

Im Bezirk Potsdam häufen sich Diversionsakte auf das Nachrichtennetz. Im Kreis Luckenwalde wurden zwischen Ruhlsdorf und Berkenbrück von der Telefonleitung 800 m Kupferdraht entwendet.

Einschätzung der Situation

Die Lage hat sich gegenüber dem Vortag nicht verändert.

1

Über die Einberufung von Konferenzen der Außenminister. Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA vom 26.11.1953 als Erwiderung auf deren Note vom 16.11.1953. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Hg. v. Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1, Berlin (Ost) 1957, S. 379–386. Geringfügig unterschiedliche Übersetzung in: ND, Berliner Ausgabe, v. 28.11.1953, S. 1. An beiden Stellen ist die Note an die französische Regierung dokumentiert.

2

Der Beschluss über die Zahlung von Weihnachtsgeldern an die Arbeiter und Angestellten in der volkseigenen Wirtschaft vom 12.11.1953 (BArch DC 20-I/3/206, Bl. 19 f.) galt nicht für die Privatfirmen. Hier musste das Weihnachtsgeld betrieblich ausgehandelt werden.

3

Es handelte sich um das Motorenwerk Kamenz, das ein Teilbetrieb des VEB Kraftfahrzeugwerk »Phänomen« mit Hauptsitz in Zittau war.

4

Korrekt hieß die seit September 1952 bestehende Einrichtung »Staatssekretariat für die Verwaltung der Staatsreserven«.

5

Die Westalliierten hatten einer Außenministerkonferenz der Vier Mächte inzwischen zugestimmt und vorgeschlagen, sie ab 4.1.1954 in Berlin durchzuführen. Vgl. Antwortnote der Westmächte an die Sowjetunion vom 8.12.1953. In: Europa Archiv 1953, S. 6230 f. Sie fand dort vom 25.1. bis 18.2.1954 statt.

6

Zum Hintergrund: Da die Westalliierten seit dem 16.11.1953 von Deutschen, die von Berlin oder der DDR über die Interzonengrenze in die Bundesrepublik einreisten, keine Interzonenpässe mehr verlangten und auch die von Behörden der Bundesrepublik bisher ausgestellte Aufenthaltserlaubnis entfallen war, geriet der Osten unter Zugzwang. Der Minister des Innern der DDR erließ am 21.11.1953 eine Anordnung, nach der ab 25.11.1953 für das Passieren der innerdeutschen Grenze (damals noch »Demarkationslinie« genannt) kein Interzonenpass mehr erforderlich war. Die Aufenthaltsgenehmigung durch den zuständigen Rat des Kreises wurde allerdings aufrechterhalten. ND, Berliner Ausgabe, v. 22.11.1953, S. 1.